

# Bräuereiarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in der Getränke-Industrie  
Publikationsorgan des Zentralverbandes deutscher Bräuereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Bezugspreis vierteljährlich 2,10 M., unter Kreuzband 2,70 M.  
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Lichtenberg-Berlin  
Redaktion und Expedition: Berlin D. 27, Schilderstraße 6  
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Inserentionspreis:  
die sechsgehaltene Kolonelle 30 Pfg., für Mitglieder 30 Pfg.  
Schluß für Inserate: Montag Mittag 12 Uhr.

## Postabonnenten.

Vom 1. Oktober ab führt die jetzige Bräuereiarbeiter-Zeitung den Titel

## „Verbands-Zeitung“

was wir bei der Abonnementerneuerung zu berücksichtigen bitten.

## Vom Protokoll des 17. Verbandstages

Sind noch einige hundert Exemplare vorhanden. Die Zahlstellen, welche noch keine bestellt haben oder mit den erhaltenen nicht ausreichen, werden ersucht, die Bestellungen sofort aufzugeben.

## Moderne Raubpolitik.

Deutschland ist ein christlicher Rechtsstaat. Christlicher ist höchstens Rußland, wo die Spitzbüberei Staatskunst ist. Bei uns kommt ja so etwas nicht vor, aber bei uns macht man etwas anderes. Gesehlich hat man die Mäuberei im Großen privilegiert. Das Junkertum hatte ja außerordentliche Vorrechte von jeher. Früher nahm es sich diese Rechte, jetzt werden sie ihm gesehlich gewährleistet. Wir haben darin außerordentliche Fortschritte gemacht, unbestreitbar. Früher lauerte der adlige Strauchritter den des Weges ziehenden Handelsmann auf offener Straße oder im Hinterhalt auf und raubte ihm seine Habe. So nährte er sich standesgemäß. Das Geschäft war nicht immer sehr einträglich, und wenn die Beute alle war, mußte er eine neue Gelegenheit ausbalancieren und auf neuen Raub ausziehen. Das war nicht immer angenehm, weil es ja auch Arbeit verursachte. Und vor Arbeit hatte der Junker eine heilige Scheu. Früher und auch jetzt. Schließlich war es auch nicht immer ganz ungefährlich, weil sich auch mancher der zum Raub Ausgerissenen wehrte.

Dieser Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten ist der Junker von heute enthoben. Er macht sich es viel leichter. Die aufstrebende Kultur hat auch ihn belehrt. Er plündert nicht mehr, sondern er läßt für sich plündern. Von Rechts wegen. Und viel ergiebiger als damals. Sind es heute auch nur die Vermittler, die als Plünderungsobjekte von Gesehes wegen erhalten müssen, so bringt es doch die Masse. Sie bringen weit mehr dem Junker ein, als früher ein begüterter Handelsmann, den sie überfielen. Die Raubtrümpfe sind stabil; sicher ein Fortschritt. Und auch darin liegt ein „Kulturfortschritt“, daß nicht nur einzelne für den Junker bluten müssen, sondern das ganze Volk, und in der Hauptsache das unbemittelte. Gesehliches Leid ist bekanntlich halbes Leid. Und die Legalität ergibt sich daraus, daß es gesehmäßig geschieht. Gesehmäßig auf dem Wege der Zölle und indirekten Steuern und sonstiger gesehgeberische Maßnahmen. Vom Raubritter wandelte sich der Junker im Laufe der Zeit zum Fronvogt. Die Fron- und Tributpflichtigen mußten für seinen standesgemäßen Unterhalt sorgen und häuften ihm Reichtümer an. Diese Vorrechte ließ er sich feinerzeit teuer bezahlen, und jetzt läßt er sich vom Staat seinen Tribut eintreiben. Vom Staat, der allezeit und bis heute nur das ausführende Organ der junkerlichen Raubpolitik ist.

Die Regierung war immer nur der gehorjame Diener der Junker, weil diese sich genügenden Einfluß zu sichern verstanden. Aber zu einem so raffinierten System der Ausplünderung hätte es nie kommen können, wenn die Junker nicht Selber und Genossen gefunden hätten in den Großindustriellen und der „christlichen Volkspartei“, dem Zentrum. Die ganze Zoll- und Steuerpolitik in Deutschland ist auf die Bereicherung der Kraut- und Schlotjunker zugeschnitten, von diesen selbst gemacht mit Hilfe des Zentrums, das allemal dabei ist, wenn eine Teufelei gegen die Armen verübt wird, diemeil ja im Zentrum auch Kraut- und Schlotjunker die Politik bestimmen.

Das arbeitende Volk Deutschlands leidet unter einer immer unerträglicher werdenden Teuerung. Die Lebensmittel- und besonders auch die Fleischpreise steigen immer höher. Die notwendigen Nahrungsmittel werden zu Luxusartikeln. Immer mehr müssen sich die Arbeiterfamilien einschränken und den Hungerriemen enger ziehen, und immer mehr gehen die Preise in die Höhe.

Der Brot- und Fleischwucher begann, als sich die Industrie in Deutschland entwickelte und Agrarprodukte vom Ausland eingeführt werden mußten. Solange Agrarprodukte ausgeführt wurden, waren die Junker Freihändler. Dann wurden sie aber sofort Schutzzöllner, um die Einfuhr von Getreide, Fleisch, Vieh, zu erschweren und die Preise im Lande hochzutreiben. Das gleiche Bestreben hatten die Großindustriellen, um sich vor der Auslandskonkurrenz zu schützen und die Preise im Inlande bestimmen zu können. So arbeiteten Junker und Großindustrielle gemeinsam und konsequent an der Errichtung und Erhöhung der Zollmauern und schufen mit Hilfe des Zentrums die heutigen Zustände. Die Zölle wurden festgesetzt bzw. erhöht:

	1879	1885
auf Döfeln . . . . . pro Stück 20 M.	30 M.	
Stiere und Kühe . . . . .	6	9
Kälber . . . . .	2	3
Schweine . . . . .	2 1/2	6

Nebenbei erfolgten die Grenzsperrern und Einfuhrverbote für Vieh und Fleisch nacheinander, so daß die Grenzen bald ganz geschlossen waren und die Junker die Viehpreise nach Belieben hinaufstreben konnten. Aber noch genügte es ihnen nicht. Unerfättlich wie sie sind, verlangten sie noch mehr. Der Zolltarif von 1902 brachte sie ein weiteres Stück vorwärts auf der Bahn der Ausplünderung. Dort spielte das Zentrum den Eintreiber. Auf 18 M. pro Doppelzenter Lebendgewicht für Rinder, Schweine,

Schafe wurde der Zoll festgesetzt. Die Handelsverträge ermäßigten diese Sätze auf 8 M. pro Doppelzenter für Rinder, 9 M. für Schweine. Das ergibt pro Stück einen Zoll von circa 50 M. für Döfeln, 40 M. für Stiere und Kühe, 15 M. für Schweine. Gegenüber den Zöllen von 1885 bedeutet dies eine Erhöhung pro Stück

von 20 M. oder 66% Proz. für Döfeln	
9 " " 150 " " Schweine	
31 " " 345 " " Stiere, Kühe.	

Die Fleischpreise stiegen ungeheuer. Das Volk protestierte und verlangte Öffnung der Grenzen. Kalten Blutes ließ die Regierung durch den Minister und Schweinezüchter Bobbielakt im Jahre 1906 erklären, die Fleischsteuerung sei eine vorübergehende Erscheinung. Junker und Zentrum verhöhten das darbenbe Volk. Eine Öffnung der Grenzen und Hebung des Notstandes fiel der Regierung nicht im Traume ein, weil die Junker es verboten. Aus der vorübergehenden Erscheinung wurde aber eine Fleischsteuerung in Permanenz. Immer höher stiegen die Fleischpreise; rückwärtslos nahmen die Junker und Agrarier ihren Tribut.

Wie die Raubpolitik sich in den Fleischpreisen äußert, zeigt folgende Gegenüberstellung aus Aufzeichnungen im „Handwörterbuch für Staatswissenschaftler“ über die Fleischpreise in Berlin und aus Aufzeichnungen des Statistischen Amtes der Stadt München. Danach kostete ein Kilogramm in Berlin:

im Jahresdurchschnitt	Rindfleisch	Schweinefleisch
1881—1890 . . . . .	117 Pf.	124 Pf.
1891—1900 . . . . .	126 "	182 "
1901—1905 . . . . .	140 "	145 "
1906 . . . . .	159 "	168 "
1907 . . . . .	160 "	149 "

und in München:

1881—1885 . . . . .	117	141
1891—1895 . . . . .	128	135
1901—1905 . . . . .	134	154
1906 . . . . .	150	178
1907 . . . . .	153	158

Ein stetiges Steigen der Preise ist zu beobachten, nur als Folge der Zollpolitik und der Grenzsperrern zugunsten der Junker. Der etwas niedrigere Preis für Schweinefleisch 1907 ist längst wieder wett gemacht. Daß die Teuerung nur eine Folge der Zollpolitik und der Grenzsperrern ist, zeigen die Fleischpreise in England, wo man diese Politik zur Vereinerung der Junker nicht übt. In London kostete ein Kilogramm

im Jahresdurchschnitt	Rindfleisch	Schweinefleisch
1881—1890 . . . . .	112 Pf.	108 Pf.
1891—1900 . . . . .	100 "	100 "
1901—1905 . . . . .	108 "	106 "
1906 . . . . .	102 "	115 "
1907 . . . . .	107 "	106 "

Das englische Volk braucht also nicht pro Kilogramm bis zu 57 Pf. an die Junker und Großagrarien zu zahlen.

Auf dem hohen Stande von 1907 sind die Preise für Fleisch in Deutschland geblieben und sind noch weiter gestiegen. Nach der amtlichen Korrespondenz des Kgl. Statistischen Landesamtes in Berlin betrug der Wochen durchschnittspreis an 50 Markorten pro Kilogramm:

	Rindfleisch	Lammfleisch	Sammelfleisch	Schweinefleisch
1. Hälfte August 1909: 155,9 Pf.	173,6 Pf.	169,6 Pf.	162,1 Pf.	
1. " Juli 1910: 159,6 "	178,8 "	173,7 "	159,6 "	
2. " Juli 1910: 160,4 "	181,0 "	173,2 "	160,4 "	
1. " August 1910: 163,1 "	183,9 "	174,3 "	162,1 "	

Und nach den vom Polizeipräsidium in Berlin ermittelten Durchschnittspreisen war der Preis pro Kilogramm für

	Rindfleisch	Sammelfleisch	Schweinefleisch
April 1910 . . . . .	130—170 Pf.	170 Pf.	160 Pf.
Juni 1910 . . . . .	150—190 "	190 "	190 "

Seit Juni sind die Preise wieder beträchtlich in die Höhe gegangen; auf 2 bis 3 M. für Rindfleisch und auf 2 bis 2,50 M. für Schweinefleisch. Und in den andern Orten Deutschlands werden höhere Preise um 20 Pf. und mehr pro Pfund angekündigt oder sind schon durchgeführt. Bei nur einer Erhöhung von 20 Pf. pro Pfund und einem Tagesverbrauch von 1 Pfund beträgt die Mehrausgabe jährlich 73 M. Die Arbeiter entäußern sich unter schweren Opfern höhere Löhne, aber sofort tritt der Junker auf den Plan und nimmt ihm sein mühsam erkämpftes ab und mehr als das, und die deutsche Regierung paßt auf, daß dem Junker nichts von seinem Raub entgeht. Und das Zentrumorgan, die „Germania“, höhnt, wie man von einer „Gefährdung der Volksernährung“ sprechen könne, wenn wirklich ein paar tausend Leute . . . einer mageren Kost sich zuwenden. So treibt man mit den Arbeitern Schindluder und verhöht sie darn.

Wie die Stimmung im Volke über diese Raubpolitik ist, haben ja die Reichstagsnachwahlen nach der berüchtigten Finanzreform gezeigt. Bei den allgemeinen Wahlen wird den Volkshetzern nach ganz anders aufgespielt werden. Aber schon jetzt muß Sturm gelaufen werden gegen die agrarische Raubwirtschaft. Das arbeitende Volk kann verlangen, daß seine Existenzbedingungen nicht einer Clique geopfert werden. Wenn die lange genug zurückgehaltene Protestbewegung einsetzt, dann stelle jeder seinen Mann. Das Volk verlangt: die Grenzen auf für Vieh und Fleisch und ein Ende mit dieser Raubwirtschaft!

## Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1908.

Etwas zeitiger als in den Vorjahren konnte der internationale Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentrale, Genosse Legien, seinen jährlichen Bericht, der das Jahr 1908 umfaßt, herausgeben. Die vielfach geäußerten Wünsche, den Bericht noch inoffiziell zeitiger erscheinen zu lassen, da er so an Aktualität einbüßt, können nicht erfüllt werden; Ende März dieses Jahres ist erst der letzte Bericht beim Sekretär eingegangen, und trotz der Vorseorge einer sofortigen Uebersetzung bedarf die Fertigstellung dieses 18 Druckbogen umfassenden Berichtes doch auch einige Wochen Zeit. Der Bericht repräsentiert sich uns in vollkommener Form. Alle 19, dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Länder haben diesmal Berichte eingesandt. In dieser internationalen Gewerkschaftsübersicht fehlen nur noch die Angaben von Rumänien, Rußland, Argentinien, Brasilien, Australien und Japan, Länder, in denen mehr oder weniger entwickelte gewerkschaftliche Bewegungen vorhanden sind.

Nicht nur Deutschland, sondern auch viele andere industrielle Länder hatten unter der Friehe des Jahres 1908 zu leiden. Demzufolge weisen die meisten Länder einen Mitgliederrückgang auf. Eine nennenswerte Zunahme an Mitgliedern ist nur in England zu verzeichnen. Ungarn hatte einen beträchtlichen Rückgang der Mitgliederzahl, der zum großen Teil auf die Landarbeiterorganisation entfällt, deren Mitgliederstand von 11.838 auf 3563 sank; zu dem kommt ein Verlust von 31.700 Mitgliedern, den die Gewerkschaften der Industriearbeiter hatten.

Die absoluten Mitgliederzahlen sind nicht als Maßstab für die Stärke der gewerkschaftlichen Organisation eines Landes zu nehmen, sondern das Prozentverhältnis der organisierten zu den beschäftigten Arbeitern kann nur hierfür bestimmend sein. Zuberlässige Angaben sind hierfür jedoch nicht zu machen. Dänemark mit 48 und Schweden mit 40 Proz. Organisierten dürften darin an der Spitze der internationalen Gewerkschaften stehen.

Die dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Länder rangieren nach der Mitgliederzahl in folgender Weise: England 2.406.742 (1907: 2.106.283), Deutschland 2.382.401 (2.446.480), Belgien 2.190.000 (2.380.000), Frankreich 2.094.000 (2.188.886), Italien 546.650 (557.554), Dänemark 482.279 (561.094), Frankreich 294.918 (715.576), Schweden 219.000 (230.000), Belgien 147.058 (181.015), Niederlande 128.845 (128.845), Dänemark 120.850 (109.914), Schweiz 113.800 (135.377), Ungarn 102.054 (142.030), Norwegen 48.157 (48.215), Spanien 44.912 (32.612), Finnland 24.009 (32.000), Bulgarien 12.933 (10.000), Kroatien 4520 (8700), Bosnien 3997 (—) und Serbien 3238 (5434). Bei Frankreich war für 1907 die Mitgliederzahl nach dem amtlichen Bericht für 1904 angegeben, während die Zahl für 1908 nur die der Mitglieder der Gewerkschaften ist, welche der Landeszentrale angeschlossen sind. Die Mitgliederzahl aller Gewerkschaften in Frankreich ist bedeutend höher. Stellen wir hier wiederum die Zahl von 1904 ein und rechnen, wie im Vorjahre für Australien und Neuseeland, 213.136 Gewerkschaftsmitglieder, so ergäbe sich in diesen 20 Ländern eine Gesamtmitgliederzahl von 9.308.157. Im Vorjahre war diese auf 9.029.950 berechnet.

Von den Einzelberichten der Länder hat der aus

England besonderes Interesse. In ihm werden in recht anschaulicher, knapper Form die politischen Wirren sowie die sozialpolitischen Maßnahmen besprochen. Bieleicht ist auf diese hochgehende Bewegung des englischen Volkes auch der starke Zustrom zu den Gewerkschaften zurückzuführen, der in den letzten drei Jahren 500.000 Mitglieder betrug. Das Finanzreformgesetz, das auf dem Prinzip des Freihandels basiert, vermeidet alle Erhöhungen auf die Gebrauchsgüter des täglichen Lebens, auf Werkzeuge für die Industrie, wie auch auf den Handel und den Verkehr. Von 13 Millionen Pfund Sterling neuer Einnahmen, die das Gesetz vorsieht, und von denen 9 Millionen Pfund Sterling für Alterspensionen bestimmt werden sollen, sollen 80 Proz. von den Begüterten aufgebracht werden. Kulturelle Verwendung sollen die Mehrerlöse finden für die Bänderung der Arbeitslosigkeit, Verbesserung der Kanäle, Schiffahrtswege, Häfen und der Straßen. Ein Gesetz über die Lohnämter lag vor, durch das für bestimmte Gewerbe Minimallohne geschaffen wurden. 190 paritätische Arbeitsbörsen oder Nachweise wurden errichtet, für die die Regierung 2 Millionen Pfund Sterling bewilligte. Die obligatorische Sperierung der Schulkinde wurde auf Antrag der Arbeiterpartei eingeleitet. Mit Verbe weist der Generalsekretär der englischen Gewerkschaftszentrale, Appleton, die Veruche der konservativen „Daily Mail“ und des Sozialisten Blatchford zurück, Deutschland und England in den Krieg zu heßen. Im Bericht sagt er u. a.:

„ . . . doch empfand man die entsehlige Angst der „Mail“ und Blatchfords als eine Schmach, denn die Engländer teilen sie nicht. Diese Entrüstung erfüllt sie ferner ab der steten Veruche, soziale Reformen in beiden Ländern dadurch zu verhindern, daß man den Krieg an die Wand walt. Möge sich deshalb der gesunde Menschenverstand in Deutschland wie in England gegen solche lächerliche Unwissenheit und Selbstsucht erheben, die sonst das unerhörteste Verbrechen des ganzen Jahrhunderts zur Folge haben könnten. Der Krieg hält jeden Fortschritt auf; er zerstört alle Hoffnungen (mit Ausnahme derjenigen der Geldverleiher und der Militärkaste); er entwürdigt die Völker zur Sklaverei.“

Von Frankreich wird über eine starke Fortentwicklung der Organisationen und lebhafteste Agitation berichtet.

Belgien zeigt in detaillierten Berichten der einzelnen Gewerkschaften genaue Einblicke über den organisatorischen und finanziellen Stand der Gewerkschaften. Die soziale Gesetzgebung stagniert vollständig.

In den Niederlanden entfallen Partei und Gewerkschaft eine Agitation für den gesehlichen Rehnstundentag. Eine große Demonstration in Amsterdam leitete seine Aktion dafür ein. Die Kammer lehnte zwar mit 49 gegen 28 Stimmen die gesehliche Einführung des Rehnstundentages ab, es wurde aber der Regierung anheimgegeben, eine Einschränkung der Arbeitsdauer für alle erwachsenen Arbeiter auf 10 Stunden anzustreben. Bisher ist von der Regierung noch nichts geschehen. Auch für die Erringung des allgemeinen Wahlrechts wurde bereit gewirkt. Bemerkenswert ist, daß die Organisation der Staats- und Gemeindebeamten und -arbeiter ziemlich umfangreich ist, auch ein Verband der Lehrer existiert.

In Dänemark richteten die Gewerkschaften einen größeren Teil ihrer Tätigkeit auf Linderung der durch die Krise verursachten großen Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit erreichte einen nie gesehenen hohen Grad, 20,35 Proz. der Mitglieder waren zeitweise arbeitslos. Trotzdem nahmen die Verbände noch um rund 8000 Mitglieder zu.

Schweden hatte ein Jahr der Kämpfe zu verzeichnen, in denen die Arbeiter, meist in die Defensivlinie gedrängt, die von den Unternehmern beschriebenen Lohnreduktionen zurückweisen mußten. Schon zeigten sich die ersten Vorboten für den großen Kampf, der im folgenden Jahre von den Arbeitern mit Erfolg geführt wurde. 239 Arbeitsstellen, an denen nahezu 40 000 Arbeiter beteiligt waren, bedeuteten für die schwedischen Organisationen im Jahre vor der großen Ausbreitung eine große Krisenlinie.

In Norwegen dauern die Fortschritte, die die Bewegung in den letzten Jahren machte, an. Eine besondere Agitation wurde unter den Seeleuten und den Arbeiterinnen betrieben. Die soziale Gesetzgebung erregte besonderes Interesse, ein Gesetzentwurf über das Sozialrecht, die Unfallversicherung für Fischer, ein Krankenversicherungsgesetz und ein Verordnungsantrag bezüglich der Gewerbeinspektion.

Aus Finnland wird berichtet, daß der kleine Mitgliederzuwachs nicht allein auf die schlechten industriellen Verhältnisse, sondern auch auf das Wüten der politischen Reaktion zurückzuführen ist. Größere Kämpfe wurden in der Metall- und Papierindustrie geführt.

Den Bericht aus Deutschland können wir wohl übergehen, da in ausführlicher Weise vor Jahresfrist schon in der deutschen Presse darüber berichtet wurde.

Im Nachbarland Österreich, das auch arg von der Krise betroffen wurde, verloren die Gewerkschaften 19 000 Mitglieder, doch verschulden diesen Rückgang auch die tschechischen Genossen, die fleißig daran arbeiten, um die bestehenden Zentralverbände in nationale Vereine zu spalten. Und da neben dem Nationalitätenhader auch Österreich fast alle Spielarten deutscher Gewerkschaftsrichtungen hat, bleibt die Zersplitterung nicht aus. Ein gut ausgebautes Unterstützungsweesen und eine gesunde Finanzgebarung zeigen übrigens den festen Grundtrot der Organisationen. Unter dem ewigen nationalen Sozialismus leidet auch die Arbeit des Parlaments und damit die Sozialpolitik.

Rosinen und Gergewina berichten zum ersten Male eine schlechte Schulbildung des Volkes (80 Proz. Analphabeten), reaktionäre Maßnahmen der Behörden, Minderwertigkeit des Unternehmertums, schlechter Geschäftsgang und Spaltungen der Organisationen in nationale usw. Gewerkschaften erschweren zwar die Entwicklung der Zentralorganisationen, können deren Fortschritt aber nicht hindern. Seit 1909 erscheint ein Arbeitsblatt für die gewerkschaftliche und politische Bewegung.

Aus Ungarn hören wir von noch schärferen reaktionären Maßnahmen wie in den Vorjahren. Die Regierung läßt nicht nur einzelne Sektionen auf, sondern läßt nun auch die Zentralen nicht mehr unbehelligt. Als Gegenwehr griffen die Arbeiter zur Waffe des Generalstreiks. Mit ungeschwächter Kraft kämpften trotzdem die Arbeiter, wenn ihre Mitgliederreihen auch gelichtet wurden.

Kroatien-Slawonien, Serbien und Bulgarien zeigen noch das Bild unvollkommener, doch stark in aufsteigender Entwicklung begriffener Gewerkschaften.

Die Schweiz mit ihrer großen Exportindustrie mußte naturgemäß unter der allgemeinen Krise leiden. Die Differenz in der Gesamtausfuhr betrug im Jahre 1908 gegenüber dem Vorjahre 114,5 Millionen Franken, bei 1938,4 Millionen Franken überhaupt. Die Mitgliederzahl und die Anzahl der Kämpfe sank dementsprechend etwas. Die Bundesräte konnten das 50jährige Bestehen ihrer Organisation feiern.

Italien zeigt einen Aufschwung der Arbeiterbewegung, die Zentralisation macht erfreuliche Fortschritte. Einen großen Streik führten die Landarbeiter in der Provinz Parma, an dem sich 50 000 Arbeiter beteiligten. Nach zweimonatlichem heroischen Kampfe endete der Kampf ohne nennenswerten Erfolg für die Arbeiter. 50 Genossen wurden vor das Schwurgericht geschleppt, jedoch freigesprochen. In 1690 Streiks waren beinahe 300 000 Arbeiter beteiligt. Die soziale Gesetzgebung stagniert.

In Spanien hat die Entwicklung der Zentralverbände immer noch unter der anarchistischen Strömung zu leiden. Trotzdem ist die Mitgliederzahl rapid gewachsen. 1899 erst 26 000 Mitglieder, zählte die Zentrale 1908 schon über 39 000 Mitglieder. Um die Streikbewegung zu veranlassen, begann die Regierung mit der Verhaftung der gewerkschaftlichen und der sozialistischen Parteiführer. Nur die spanischen Zeitungen dem Kerker. Alle sozialistischen Zeitungen wurden unterdrückt, alle Arbeiterlokale und Bureaus geschlossen. Besonders in den größeren Städten waren alle Gefängnisse bald überfüllt. Allein in Madrid zählte man über 400 Verhaftungen. Die tyrannischen und grausamen Maßnahmen der Regierung gegen die Arbeiterklasse, besonders in Katalonien, haben die größte Erbitterung im Volke hervorgerufen, die sich noch steigerte durch die nachfolgenden Justifizierungen. Die Landeszentrale und die sozialistische Partei verlangten mit Recht die Abberufung des Kabinetts Narra. Anlässlich der Protestbewegung gegen den Krieg wurden nicht weniger wie 7 Anklagen gegen den Vorsitzenden der Landeszentrale erhoben; außerdem zwei gegen den zweiten Vorsitzenden, eine gegen den Sekretär, während ein Vorstandsmitglied durch ein Kriegsgericht zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Den Schlag brüht der Bericht von den Vereinigten Staaten von Amerika. Er beschäftigt sich zunächst mit dem Kongress zu Seneca Falls und dem dort gefassten Beschluß, den Anschluß an die Zentrale zu vollziehen. Die Gesamtzahl der organisierten Arbeiter Nordamerikas wird auf 3 Millionen geschätzt. Der Bericht klingt in einer Beurteilungshandlung aller internationalen Gewerkschaften aus, was gewiß auch der Wunsch aller Arbeiter ist.

### Zur Lohnbewegung in Rheinland-Westfalen.

Die Mitglieder des rheinisch-westfälischen Bohlottschuhverbandes haben bekanntlich auf Veranlassung ihrer Organisation sämtliche Tarifverträge gekündigt, um nicht unsere Organisation schon vor dem Gründungstage zu verlassen. In Elberfeld-Barmen ist dies schon vor vier Monaten geschehen, ohne daß eine Unterhandlung über die eingetragenen Forderungen zu erzielen gewesen wäre. In der Brauerei Gebr. Köp. Barmen, war deshalb eine Arbeitseinstellung erfolgt, die zur Folge hatte, daß am Dienstag, den 22. August die Verhandlungen aufgegeben wurden. In dieser Verhandlung wurde nun den Vertretern der Arbeiter seitens des rheinisch-westfälischen Bohlottschuhverbandes ein Generaltarif für den ganzen Bezirk vorgelegt, der ganz von dem räumlichen Gesicht der rheinisch-westfälischen Arbeiterbewegung diktiert ist. Die Arbeitszeit soll 10 Stunden innerhalb 12 Stunden betragen, obwohl im rheinisch-westfälischen Gebiet schon für 85 Betriebe mit 2791 Personen eine Arbeitszeit unter 10 Stunden tariflich festgelegt ist, und zwar 9 und 9½ Stunden. Die Arbeiter, Maschinenisten und Geiger sollen aus dem diesem Gebiete Fortschritt ausgeführt sein. Sonntags soll die gewöhnlich zulässige Arbeitszeit von drei Stunden monatlich gelichtet werden, ein Anspruch, daß man nicht mehr in Positionen an die Arbeiter stellt. Das Firmanen wurde bisher noch einer Anzahl Tarife bei weitem Vorzug des Mittels gegeben, das Gehalt und Verdiensten an Sonntagen bezahlt, doch davon darf nicht im Tarif der Unternehmer. Auch von der Regelung der Nebenarbeiten für Überstunden ist nichts erwähnt, obwohl sie in vielen Betrieben bis zu 100 Stunden die Woche ausgebeutet werden. Auch bezüglich der Verrentierung beträgt es 6 bis den Bürgerlichen Gehältern, die der Tarif Verrentungen hat; was Lohn sagt er gar nichts, man denkt sich einen Grundlohn für den ganzen Bezirk und Organisations. Wie wenig sich der Arbeitgeber haben verhalten, zeigt auch schon die Tatsache, daß er es nicht einmal zu Kompromissen brachte. Auch vom Urlaub sagt der Tarif nichts, obwohl ein solcher auch in Rheinland-Westfalen für 37 Be-

triebe mit über 1000 Arbeitern tariflich festgelegt ist. Und dann wünschten die Unternehmer die angebotenen Verschlechterungen auch noch auf 5 Jahre festzulegen. Ihre zum Himmel schreiende Minderwertigkeit zu zeigen, hatten sie noch den besonderen Wunsch durch das gestellte Verlangen, die „Unorganisierten“ als Tarifkontrahenten heranzuziehen. Rührerlichkeit soll ja töten, sicher aber nicht einen rheinisch-westfälischen Brauereiarbeiter oder einen Syndikat ihrer Organisation; dagegen sind sie immun. Aber so ein bißchen Dreierlei unter den Arbeitern möchten sie doch gar zu gern treiben, denn wenn es glückt, ist es ihr Vorteil. Es gibt aber in aller nächster Zeit hoffentlich keinen Brauereiarbeiter im rheinisch-westfälischen Gebiet, der Fiel genug ist, sich zu seinem Schaden von einem „Unorganisierten“ vertreten zu lassen. Das Schlimme werden dann die Unternehmer einstellen können und ihren Schmerz begraben, auch schon im Interesse des Ansehens ihrer Person.

Mit diesem „Musterarif“ ganz nach dem Schema der Bauunternehmer beschäftigten sich in voriger Woche eine Anzahl überfüllter Versammlungen der Brauereiarbeiter. In Elberfeld-Barmen berichtigte Kollege Franz über den Stand der Lohnbewegung und den Musterarif; in Köln Kollege Wülling, in Dortmund Kollege Jürgel. Die Erregung über das Angebot der Unternehmer war in allen Versammlungen außerordentlich groß, und überall ist man auf das Neueste vorbereitet. Die Verlage der Unternehmer wurde als eine Verschönerung der Arbeiter bezeichnet und der Kommission aufgegeben, auf Grund der eingereichten Tarifforderungen Unterhandlungen herbeizuführen. Namentlich in Dortmund erkannte eine große Zahl bisher indifferenten Arbeiter die Notwendigkeit einer starken Organisation und schlossen sich dem Verbands an. In allen Versammlungen wurde folgende Resolution angenommen:

„Die am Donnerstag, den 25. August, tagende Versammlung aller in den Brauereien beschäftigten Arbeiter, nimmt Kenntnis von dem Vertragsmuster des Rhein-Westf. Bohlottschuhverbandes. Die Versammlung bedauert recht lebhaft, daß von seiten des Bohlottschuhverbandes den Wünschen der Arbeiter durch vorliegenden Vertragsmuster auch nicht im entferntesten Rechnung getragen wird.“

Die Anwesenden wenden sich mit aller Entschiedenheit gegen die Haltung des Bohlottschuhverbandes, der aus nichtstichhaltigen Gründen die wichtigsten Forderungen der Arbeiter, wie Arbeitszeitverkürzung, Urlaub usw. unberücksichtigt läßt. Im weiteren erachtet die Versammlung den gegenwärtigen Zeitpunkt als durchaus ungeeignet, die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Brauereigewerbe auf zentraler Grundlage tariflich zu regeln, da jede Vorbedingung hierzu fehlt, was durch das Vertragsmuster des Bohlottschuhverbandes klar bewiesen wird.

Aus diesen Gründen lehnt die Versammlung den Generalarif in vorliegender Fassung ab und beauftragt die Tarifkommission, bei den am Dienstag, den 30. August, fortzuführenden Verhandlungen dem Bohlottschuhverband auf Grund der eingereichten Tarife geeignete Vorschläge zu machen.

Im weiteren Verfolg der Lohnbewegung erachtet die Versammlung es als ihre vornehmste Pflicht, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den Ausbau der Organisation zu fördern, sowie die im wirtschaftlichen Kampfe unentbehrliche Waffe, die Arbeiterpresse, nach Kräften zu unterstützen.“

### Bewegung im Berufe.

#### Lohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen.

† Zugzug ist ferngehalten nach Hensburg (Brauereien), Oldenburg (Brauerei Söner), Thurm b. Juidau (Brauerei), Düsseldorf (Brauerei Oppenheimer), Dresden (Blauenfcher Lagerkeller) und Elberfeld-Barmen-Mensfeld. Brauereien.

† Dresden. Streik und Einheitsbeschl. Im Plauenischen Lagerkeller stehen die Kollegen im Kampf, weil Herr Direktor Niemer nicht einmal das zugestehen wollte, was mit dem Verein der Brauereien vereinbart ist. Nun hat auf Antrag des Direktors Niemer das Landgericht Dresden am Sonnabend, den 27. August, auf Grund des § 940 R.-G.-O. 37 einstweilige Verfügungen auf einmal erlassen. 39 Personen sind mit diesem Einheitsbeschl. beglückt. Es ist dies die Kolonialverwaltung der hiesigen Zahlstelle und sämtliche 36 Ausführenden. Bei einer Selbststrafe bis 1500 Mk. oder Haftstrafe bis zu sechs Monaten ist denselben verboten, folgende Behauptungen aufzustellen oder zu verbreiten: Einmal: „Den bei der Antragstellung beschäftigten Arbeitern seien in diesem Lohnkampfe bisher noch keine Vorteile zugeflossen worden, obwohl dies bei der Höhe der ihrem Direktor und dessen Sohne zugewilligten Gehälter und Gratifikationen zu rechtfertigen wäre“; zum anderen: „Der Direktor der Antragstellerin habe in einem früheren Lohnkampfe schonungslos drei Arbeiter, welche jahrelang in dem Betriebe tätig gewesen seien, herzoglos, jedem menschlichen Mitgefühl beraubt, auf die Straße geworfen.“ Herr Niemer hat damit nur einen alten Trick angewandt, der schon lange vor ihm von anderen Brauereien zur Mandatmachung der Arbeiter benutzt wurde. Neu ist nur die große Zahl der Mandatgeber auf einmal. Obwohl Herr Direktor Niemer, wenn er 39 Personen unter Strafandrohung verbieten läßt, das zu sagen, was in diesem Kampfe notwendig ist, daß dann die Bewegung beendet ist? Da dürfte ihm eine herbe Enttäuschung bevorstehen. Solange Herr Direktor Niemer nicht einzieht, daß auch er das zu tun gehalten ist, was die übrigen Dresdener Brauereien getan haben, werden sich noch viele finden, die das sagen und schreiben werden, was in diesem Kampfe notwendig ist. Verschiedene Tausend solcher „einstweiligen Verfügungen“ wird es in Dresden bedürfen, bis diejenigen alle getroffen sind, die Herrn Direktor Niemers provokatorische Behauptungen verurteilen und deshalb den ausländischen Brauereiarbeitern ihre vollste Sympathie zuwenden.

† Gillingen. Tarifvertrag. Nun ist auch mit der Guttenkreuzbrauerei eine Einigung zustande gekommen, nachdem der Tarifvertrag schon am 1. Juli abgelassen war. Die Lohnbestimmungen haben aber rückwirkende Kraft, so daß die Löhne nachbezahlt werden. Die Arbeitszeit ist analog dem Tarifvertrag der Karlsbräu Ringbrauereien geregelt, ebenso weisen auch die sonstigen Punkte keinen großen Unterschied auf. Die Hierablösung wird gleichfalls herbeigeführt. Die Lohnbewegung betragt für Brauer, Küfer und Hilfsarbeiter 2 Mk. für Maschinenisten 2,50 Mk. und für Handwerker, Bierfahrer und Flaschenkellerarbeiter 1,50 Mk. pro Woche.

Die Verhandlungen wurden durch zurückgebliebene Verhältnisse der übrigen Industrie am Ort fast beeinflusst. Es ist die Metall-, Papier- und Maschinenindustrie stark vertreten. Löhne von 2,80 Mk. für erwachsene Arbeiter sind dort keine Seltenheit. Wenn werden diese Arbeiter zu der Einstufung kommen, daß nur mittels einer guten Organisation Fortschritt zu erzielen sind. Besonders dürfen sich unsere Kollegen dort anzuzeigen sein, jetzt unter den Maschinenarbeitern Agitation zu treiben und auch die uns noch fernstehenden Brauereiarbeiter zur Organisation heranzuziehen. Vor allen Dingen muß Einigkeit vorherrschen und der persönliche Egoismus zurückgestellt werden.

† Hensburg. Einer der Arbeitswilligen, der den Einheitsbeschl. hat sich am dem Stande gemacht und am letzten Tage seiner Arbeitswilligkeit seine Kunden ganz gehörig geküßt. Wie berichtet wird, will die Brauerei, genau wie sie gegen Arbeitswillige ist, Erfolg leisten.

† Hensburg a. M. - Gillingen a. S. Tarifvertrag. Nach dreimonatigen Verhandlungen konnte infolge der guten Organisationsverhältnisse und durch einflussreiches Eingegreifen der Direktion mit der Altienbrauerei Gumburg ein neuer Tarifvertrag vereinbart und amnestbare Verbesserungen erzielt werden. Die Arbeitszeit der Arbeiter in untern Betrieben wurde

auf 9½ Stunden festgelegt. Die Löhne der Maschinenisten, Geiger, Handwerker und Jahrbüchler rangieren in die Lohnklasse der Brauer ein, und erhalten somit sämtliche Arbeiter eine Lohnzulage bis zu 2 Mk. steigend bis 30 Mk. Eine weitere Verbesserung ist die Bezahlung der vollständigen Sonn- und Feiertagsarbeit, sowie wesentliche Verbesserung der 7. Schicht. Der nicht geöffnete Hausstrunk wird pro Liter mit 15 Pf. vergütet. In Krankheitsfällen wird auf die Dauer von 2 Wochen pro Tag 2 Mk. Zuschuß zu dem Ortskrankenentgelt gewährt. Bei militärischen Übungen wird für die erste Woche der volle Lohn, für die weitere Dauer der Übung pro Tag 1 Mk. Vergütung gewährt. Nach einjähriger Tätigkeit erhalten sämtliche Arbeiter einen Urlaub von 3 Tagen nach zweijähriger Tätigkeit einen solchen von einer Woche bei voller Lohnzahlung. In einer Versammlung erstattete Kollege Laut eingehend Bericht über die stattgefundenen Verhandlungen und wurde nach sachlicher Diskussion den Abmachungen einstimmig zugestimmt.

† Greven b. Münster. Tarifvertrag. In einem der schwärzesten Winkel Deutschlands hat vor 2 Jahren der Brauereiarbeiterverband Bredse gelegt und den Organisationsgedanken auch den in Greven arbeitenden Kollegen übermittelt. Wenn auch erst langsam, aber desto sicherer haben wir dort Fuß und haben wir zu Anfang dieses Jahres durch vereintes Zusammenarbeiten den übergroßen Teil der Kollegen bei uns organisiert gehabt. Nun war aber der Zeitpunkt gekommen, die überaus schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Es bestanden noch Monatslöhne von 70, 75, 80 bis 90 Mark, der größte Teil der Kollegen mußte sich mit den niedrigsten begnügen. Am 15. April wurde ein Tarif eingereicht mit einem Begleitschreiben, das die Forderungen begründete und bis zum 22. um Antwort ersuchte. Aber als wir bis zum 24. noch keine Antwort hatten, suchten wir am 25. April die Brauerei, sich zu erklären, und man teilte uns mit, daß die Sache der nordwestlichen Brauereibereinigung übergeben wäre, dessen Mitglied die Brauerei ist.

Eine dann angebahnte mündliche Verhandlung mit der Brauereileitung hatte keinen Erfolg. Wohl stellte sich der Herr Direktor auf den Standpunkt, nicht abgeneigt zu sein, eine Lohnaufbesserung zuzugestehen, aber nur im Rahmen des Möglichen, was von unseren Forderungen nicht zu sagen wäre. Aber er bezweifelte zugleich, ob wir auch berechtigt wären, für alle Arbeiter Forderungen zu stellen. Wir konnten ihn indes beruhigen, weil, wie schon erwähnt, die übergroße Mehrheit uns angehörte. Nach weiteren 2 Verhandlungen und einem längeren Schriftwechsel mit dem Syndikus Schmidt-Vielefeld ist es dann Ende Juni gelungen, einen Tarifvertrag mit dieser Brauerei abzuschließen. Ist auch für diesmal noch nicht unseren gerechten Wünschen Rechnung getragen, so können wir mit dem Erreichten vorläufig zufrieden sein, müssen aber alle unsere Kräfte anspannen, die uns noch fernstehenden Kollegen für den Verband zu gewinnen, um nach Ablauf des Vertrages das jetzt nicht Erreichte zu erringen. Aber auch auf der Hut müssen wir sein, um den abgeschlossenen Tarif in allen Teilen genau durchzuführen.

Die wichtigsten Erzeugnisse sind Verkürzung der Arbeitszeit um ½ Stunde täglich, Ueberstundenbezahlung mit 50 Pf. die Stunde. Fuhrleute, welche nach 5 Uhr abends noch wegfahren müssen, erhalten nach der festgesetzten Arbeitszeit Ueberstunden. Dujour wird mit 3 Mk. vergütet. Die siebente Schicht der Geiger und Maschinenisten wird mit ½ des Wochenlohnes bezahlt, bei Leischicht Ueberstunden. Die Löhne wurden in Wochenlöhne umgewandelt und sind dieselben um 2 bis 5 Mk. die Woche erhöht worden. Der Gaspelant erhält 1 Mk. extra. Ferner wurde erreicht bei militärischen Übungen die Bezahlung bis 14 Tagen, bei Krankheiten 14 Tage die Differenz zwischen Lohn- und Krankengeld, bei familiären Vorkommnissen usw. bis zu 1 Tag kein Lohnabzug. Urlaub erhält jeder Arbeiter nach einem Jahr 3 Tage ohne Lohnabzug. Dieser Vertrag hat rückwirkende Kraft bis zum 1. Juni 1910 und läuft bis 1. Juni 1913.

Eine Versammlung am 14. August beschäftigte sich auch mit dem abgeschlossenen Tarif, um einen Rückblick zu nehmen. Der Kollege Braun-Garnum hielt das einleitende Referat. Nach demselben wurde von den Kollegen erwähnt, daß die Dujour und die siebente Schicht bis jetzt noch nicht ausbezahlt ist, es soll aber nach Vorstelligwerden jetzt erfolgen. Außerdem wurde noch ein Fall vorgebracht, wo der Brauereimeister einen Kollegen, welcher krank war, wegen Arbeitsmangel entlassen hat, auch soll sich derselbe ausgebrüht haben, daß noch mehr dran kämen. Wir möchten dem Brauereimeister den Rat geben, nicht mit dem Feuer zu spielen, damit das Geschäft nicht etwa dadurch Schadeit leiden könnte. Auf alle Fälle werden wir ihm auf die Finger sehen. Auch die väterlichen Ermahnungen den Kollegen gegenüber, daß sie sich doch nicht in den Verband aufnehmen lassen sollen, oder das hätten sie nicht machen sollen, mag er für sich behalten; die Kollegen sind Manns genug, dies selbst beurteilen zu können, denn auf das gute Herz des Unternehmers kann man nicht warten. Lange hatten die Kollegen unter diesen Verhältnissen leben müssen, noch länger hätte es sicher gedauert, bis von selbst etwas gekommen wäre, am allerwenigsten würde der Herr Brauereimeister dafür gesorgt haben, daß es mit den Verhältnissen besser wird, denn wahrlich, Zeit hätte er gehabt, da er in diesem Betrieb schon alt geworden. Nun, die Grevenener Kollegen werden sich mit Nebenarten nicht überdöseln lassen, sie werden handeln, die Männer handeln müssen, sie werden auch noch die Unorganisierten der Organisation zuführen und selbst treue Mitglieder bleiben, denn einzeln sind wir nichts, vereinigt aber eine Macht, dies hat uns der Tarifabschluß in Greven gezeigt.

† Gelmstedt-Grasleben. Tarifvertrag. In Gelmstedt besteht schon länger Jahre ein Tarifverhältnis. Nachdem es gelungen war, auch die Kollegen der Brauerei Alletthal in Grasleben zu organisieren, wurde auch hier ein Tarif abgeschlossen, welcher den Kollegen ganz bedeutende Verbesserungen brachte. Nachdem im vorigen Jahre die Brauerei in Gelmstedt still gelegt wurde und infolge der Brauereier, konnte der Tarif nicht zum Abschluß gebracht werden. Auch das flauere Verhalten der Kollegen war schuld daran. Die Brauereileitung sah deshalb den Tarif als nicht mehr bestehend an.

Auch in diesem Jahre wollte man einen Tarifabschluß nicht. Nachdem von seiten der Organisation die Forderung von neuem eingereicht wurde, ließ die Direktion durch Anschlag bekannt geben, daß den älteren Leuten, je nach Dienstalter, 1 bis 2 Mk. zugelegt wird. Durch mehrmaliges Verhandeln wurde wenigstens der alte Tarif wieder anerkannt und die Altersstufe herabgesetzt. Wenn nicht mehr erreicht wurde, sind die Kollegen schuld, welche nach der vorigen Lohnbewegung glaubten, sie haben die Organisation nicht notwendig. Einzelne Kollegen traten aus, weil nicht alle ihre Wünsche erfüllt wurden. Sie schimpfen wohl auf einzelne Punkte, welche geändert werden müssen, aber selbst mithelfen wollen sie nicht. Deswegen, ihr Brauereiarbeiter von Gelmstedt und Grasleben, hinein in den Brauereiarbeiterverband, zu einer geschlossenen Organisation, dann kann auch mehr erreicht werden. Wenn die Direktion nicht genau wüßte, daß bloß ein kleiner Teil organisiert ist, hätte sie schon mehr Einfluß auf den Aufsichtsrat ausgeübt. Einzelne Kollegen glauben, erst müßte was erreicht werden, dann wollen sie Mitglieder werden, bedenken aber nicht, daß es ohne Mitglieder keine Organisation gibt, infolgedessen auch nichts erreicht werden kann.

† Reiffenheim. Unternehmerterrorismus. Vor einigen Wochen rafften sich die Kollegen der hiesigen Exportbrauerei aus ihrer Letzargie auf und schlossen sich, gezwungen durch die miserablen Lohn- und Arbeitsverhältnisse, dem Brauereiarbeiterverband an. Von selbst kamen die Kollegen zur Erkenntnis, daß sie, wenn die unsäglichsten Verhältnisse verbessert werden sollen, sich der Organisation anschließen müssen, ohne daß jemals ein „Geher“ der sozialdemokratischen Organisation — um einmal mit dem Herrn Sonnei zu reden — in diese Gegend kam. Die Verhältnisse selbst, der Massenuntertrieb am Orte, haben die Kollegen „aufgehört“. Löhne von 14—17 Mk. für Hilfsarbeiter, 19—21 Mk. für gelehrte Arbeiter, das ist der horrenden Lohn, mit dem nach Ansicht

des Herrn Bonnet der Arbeiter in Gaus und Braus leben könne. Daneben 12stündige Arbeitszeit, angeordnete Sonntagsarbeit und eine miserable Behandlung, welche die Herren Bonnet ihrem Jagd- und kaum angebehen lassen. Dresdner — Graubunde — Sauer, das ist der Bildungsgrad des Herrn A. Bonnet. Zu Wahlen wurden die Arbeiter fast jeder dominiert; vorgeschrieben wurde, daß „nationalliberal“ abgestimmt wird. Vor einigen Wochen wurde ein Arbeiter entlassen, der 17 Jahre im Betriebe war, angeblich weil andere ein Fass Bier gestohlen hätten; in Wirklichkeit aber, weil der Sohn des entlassenen Arbeiters Rächer einer Wirtin der Maininger Aktienbrauerei ist. Terrorismus wie er im Buche steht. Dabei ist der Feindhaber der Brauerei, Herr Robinson, im Kreisauschuß und die rechte Hand des Landrats.

Nachdem nun die Kollegen sich, mit Ausnahme einiger alter Arbeiter, 19 Mann hoch organisiert hatten, ging die Sache gegen dieselben los. Innerhalb so etwa, ohne die Betriebsleitung erst darum zu fragen, sich zu organisieren. Das ging gegen den Strich. Revolution mindestens witterte die Betriebsleitung. Die Nacht, Arbeiter schinden und ausbeuten zu können nach Herzenslust, sah man schwinden. Und als gar letzter Tage ein weiterer „Seher“ auf der Bildfläche erschien — Bezirksleiter Schmutz —, da war das Maß voll. Freitag, den 26. August, wurden die „Nabelstücker“ Knall und Fall entlassen mit der Motivierung, keine Organisation zu dulden. Ein Exempel muß statuiert werden, dachten die Herren Bonnet. Der Oberbursche als Hauptredaktionsführer, 8 Jahre im Betriebe, der Küfer, ebenfalls solange beschäftigt, ein Seiger, sieben Jahre beschäftigt und ein weiterer Familienvater mit 7 Kindern, 10 Jahre im Betriebe, mußten die Freveltat, sich zu organisieren, für alle büßen und sofort das „Eldorado“ verlassen. Genosse Faber-Oberstein, welcher berritteln wollte, wurde seitens der Firma gar nicht vorgelassen. Die Herren hatten den traurigen Mut, ihre Anwesenheit verweigern zu lassen. Als am nächsten Tage Kollege Gerner-Maing vorkam, erhielt er die Ehre, die Herren kennen zu lernen, mittlerweile war nämlich die Aktion gegen das Bonnet-Bier in Oberstein kräftig eingeleitet und der Vertreter des dortigen Depots bereits bei der Firma in Meisenheim vorstellig geworden. Jedenfalls der Umstand, warum man Kollegen Gerner vorließ, vorher hatte man hoch und heilig geschworen, jeden „Seher“ höflich-eigenhändig hinauszuwerfen. Letzteres geschah nun zwar nicht, aber auf eine Verletzung des Konflikts ließen sich die Herren auch nicht ein. Der bekannte „Herr-im-Haufe-Standpunkt“ wurde herausgeholt; man wolle sich von der Organisation, nichts in den Betrieb hineinreden“ lassen. „Wem es nicht paßt und wer nicht genügend Lohn hätte, könne ja gehen.“ Dabei hatten die Kollegen noch gar nichts verlangt. Nur der blinde Haß gegen diese Organisation und die freizeitleiche Regierung der Arbeiter diktierte der Firma Bonnet ihr brutales Vorgehen. Die Betriebsleitung hat ohne Grund die Feindseligkeiten eröffnet; möge ihr vor ihrem Werk nicht grauen. Kommenden Mittwoch findet in Meisenheim eine öffentliche Versammlung statt, welche sich mit dem terroristischen Treiben der Brauerei A. Bonnet befaßt. In Oberstein und Kreuznach wird in den nächsten Tagen der offizielle Boykott beschlossen. Bürger und Arbeiterschaft sympathisieren mit den gemäßigten Kollegen; ohne Partei enthält man sich bereits dem Genusse von Meisenheimer Exportbier.

Zum Schluß ein Kapitel zu dem sozialen Empfinden der Herren Bonnet. Ein gemäßigter Kollege war 6 Jahre in den kalten Kellern beschäftigt und zog sich Gelenksrheumatismus zu. 26 Wochen lag der Kollege darnieder mit der horrenden Krankenunterstützung von 96 Pf. — wöchentlich 5,70 Mk. Keinen Pfennig Zuschuß seitens der Firma, trotzdem der Kollege 7 Jahre im Betriebe war und Frau und 5 Kinder bittere Not litten. 17 Mk. Lohn hatte der Kollege vorher und als er sich wieder gesund meldete zur Arbeit, bot man dem Kollegen großzügig 12 Mk. Wochenlohn an. So sieht es in den Gegenden aus, wo die Organisation noch niemals Fuß gefaßt hatte, wo das patriarchalische Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich ungebrochen erhalten konnte. Das sagt Bände, wie es heute in Deutschland aussehen würde, wenn die Arbeiterschaft nicht allenthalben ihre Geschicke selbst in die Hand genommen hätte.

† Mähldorf. Streik und Tarifvertrag. Einen schönen Erfolg haben die Brauereiarbeiter der Turm- und Wenzelbrauerei in Mähldorf zu verzeichnen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesen beiden Betrieben waren sehr ungünstig, infolgedessen ließen die Arbeiter der beiden Brauereien durch den Brauereiarbeiterverband, in dem sie fast alle organisiert sind, den Besitzern der beiden Brauereien einen Tarifvertrag unterbreiten. Als der Verbandsvertreter beim Besitzer Herrn Jos. Gräß in dieser Sache vorstellig wurde, antwortete dieser, er müsse sich die Sache noch überlegen, und der Verbandsvertreter solle am nächsten Tage nochmals vorkommen. Der Vertreter gab sich mit dieser Antwort zufrieden in der Annahme, daß diese Angelegenheit eine friedliche Lösung finden werde. Als er aber anderen Tags ins Bureau der Brauerei kam, hieß es, daß der Besitzer auf zwei Tage verreist sei. Als dann den Arbeitern dieses mitgeteilt wurde, legten sie am 10. August mittags einmütig die Arbeit nieder; auch die drei Unorganisierten schlossen sich dem Streik an. Seitens der Brauereileitung wurden die Arbeiter aufgefordert, die Arbeit wieder aufzunehmen, und ihnen alles versprochen, die Arbeiter ließen sich aber nicht einschüchtern, sondern verlangten, daß der Besitzer zuerst den Tarifvertrag unterschreiben solle. Dem Besitzer hatte man unterdessen telephonisch verständigt, und schon war er mit dem nächsten Zuge von seiner Reise zurückgekommen. Die Sache hat man sich jetzt aber nicht mehr überlegt, sondern man ist sofort mit dem Verbandsvertreter in Unterhandlung getreten, und wurde auch der Tarifvertrag abgeschlossen. Am nächsten Tag wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Die Arbeitszeit wurde verkürzt Werktags auf 10 und Sonntags auf 8 Stunden. Die Arbeiter erhalten alle am 3. Sonntag 38 Stunden ganz frei, früher gab es einen freien Sonntag überhaupt nicht. Die bestehenden Monatslöhne, die 70 bis 80 Mark pro Monat betragen, wurden in Wochenlöhne umgewandelt und wie folgt festgesetzt: Im ersten Dienstjahr 21, im zweiten Dienstjahr 22 und im dritten Jahre 23 Mark pro Woche. Flaschenbierfahrer wurden früher mit 2 Mk. 50 Pf. pro Tag entlohnt, nach dem jetzigen Vertrag bekommen die Flaschenbierfahrer 18 bis 20 Mark pro Woche. Mit Einführung dieser Löhne, die alle Woche ausbezahlt werden, bekommen die Arbeiter Lohnaufbesserungen von 3 bis 5 Mark pro Woche. Ueberstunden werden an Wochentagen mit 45 Pf. und an Sonntagen mit 50 Pf. pro Stunde bezahlt, früher wurde für Ueberstunden überhaupt nicht vergütet. Für das Bierjournalisten bekommen die Arbeiter pro Tag 50 Pf. an Wochentagen, wofür früher gar nichts bezahlt wurde, am Sonntag wird das Bierjournalisten mit 2 Mark vergütet. Die verheirateten Arbeiter erhalten alle pro Woche 1 Mark Wohnungszuschuß, früher wurde kein Wohnungszuschuß bezahlt. Alle Arbeiter erhalten Urlaub von 3 bis 5 Tagen, früher nichts. Auch werden den Arbeitern entsprechende Wäbe-, Wäsch- und Trockenräume zur Verfügung gestellt. In Krankheitsfällen bekommen die Arbeiter die Differenz zwischen Krankengeld und Lohn von der Brauerei 14 Tage lang darauf bezahlt; bei militärischen Übungen 14 Tage lang 1 Mark 50 Pf. pro Tag.

Dieser Erfolg ist der einseitigen Organisation zu verdanken. Mögen die noch fernstehenden Brauereiarbeiter aus diesem Erfolg die richtige Lehre ziehen und sich unverzüglich ihrer Organisation anschließen.

† Bosen. Tarifvertrag. Mit der Aktienbrauerei Bawaria, wo vor kurzem sämtliche Arbeitnehmer zwecks Erhöhung ihres Lohnes streikten, ist nunmehr nach Rückkehr der Direktion ein Tarif vereinbart worden. Durch diesen Abschluß wird die tägliche Arbeitszeit um zwei Stunden im Winter und um eine Stunde im Sommer gekürzt. Ferner wird sämtliche Sonntagsarbeit, ebenso das Bierausfahren extra bezahlt. Durch die Erhöhung des Lohnes sowie der Ueberstundenföhe erhöht sich das Jahreseinkommen um mindestens 150 Mk. für jeden Arbeit-

nehmer. Die Einstellungslohne sind um 2 Mk. wöchentlich erhöht worden.

Dieses ist der erste Tarif in der Stadt Bosen. Jetzt, Kollegen, gilt es die Organisation zu stärken, damit auch in den übrigen Brauereien Bosen die Kollegen zu einem Lohnarif kommen.

† St. Ludwig. Tarifvertrag. Der mit der Brauerei Freu u. G. bestehende Tarif wurde am 29. Juli um 2 Jahre verlängert. Der Lohn wurde um 50 Pf. bis 1 Mk. wöchentlich erhöht, sowie die Sätze für Ueberstunden der Nacht um 5 Pf. Sonstige kleinere Bestimmungen wurden zum Vortheil der Arbeiter geändert. Pflicht der organisierten Kollegen ist es, endlich einmal aufzuräumen mit den Hebereiern unter sich selbst. Nicht der Verband oder der Betrieb wird dadurch benachteiligt, sondern ihr Schade! auch selbst und werdet auch die Früchte ernten müssen. Auch müssen die Berufsversammlungen vollständig besetzt werden, denn dort ist der Platz, wo man sich über freitägige Punkte einigt und nicht im Betrieb. Auch um die politische Organisation sollen sich die Kollegen etwas mehr kümmern, als es tatsächlich der Fall ist, denn wir haben das Beispiel vom vorigen Winter, daß wir die politische Organisation brauchen und haben müssen.

Die Bierfahrer mußten völlig ausgeschaltet werden von den Tarifbestimmungen durch ihr Abseitsgehen vom Verband. Sie glauben vieles erspart zu haben, wenn sie keine Beiträge leisten brauchen. Daß das ein Irrtum ist, beweist die lange Arbeitszeit und die Sonntagsarbeit, welche sie unentgeltlich verrichten müssen, trotzdem sie im gleichen Betrieb schaffen. Daß ihre Löhne den heutigen Verhältnissen nicht mehr entsprechen, zeigt, daß die Betriebsleitung ihnen eine freiwillige Zulage von 50 Pf. zukommen ließ. Also Bierfahrer, es hat keinen Wert, eine geballte Faust in der Tasche zu machen, sondern zeigt euren Mut und stellt euren Mann und tretet geschlossen dem Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter bei, nur dann kann für euch etwas Einseitiges und den heutigen Verhältnissen entsprechendes geschaffen werden.

† Weilheim. In der Bürgerbrauerei reichte der Brauereiarbeiterverband einen Tarifentwurf behufs Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ein. Nachdem der Besitzer, Herr Wödel, 14 Tage keine Nachricht gab, sprach ein Verbandsvertreter bei ihm vor. Herr Wödel jun. erklärte jedoch dem Verbandsvertreter, er unterschreibe den zugesandten Vertrag nicht, er beschäufliche keinen organisierten Arbeiter, er stelle einfach keinen organisierten Arbeiter mehr ein, denn er wisse schon, was diese Leute wollen, sie möchten wenig arbeiten, viel Lohn haben und gut behandelt sein. Herr Wödel will den Arbeitern selbst einen ihm passenden Vertrag vorlegen. Damit sei alles abgetan. Die Unterhandlungen währten genau eine Stunde. Zu lässig war es, wie Herr Wödel als „Herr im Hause“ mehrmals erwähnte, er unterschreibe den Vertrag nicht, weil er sich nicht organisieren lasse, er lasse sich nicht fangen wie sein Vorfahrer, er wolle nicht organisiert sein. Alle Aufklärungsversuche durch den Verbandsvertreter waren bei dem Herrn vergeblich. Er blieb fest darauf stehen, wenn er mit dem Brauereiarbeiterverband einen Tarifvertrag abschließen, müsse er sich organisieren. Herr Wödel jun. wird sich wohl in das zwanzigste Jahrhundert auch noch einleben.

† Lemstedt. Auf die an die Brauerei Schmeißer u. Sohn eingereichten Tarifforderungen wurde vorerst eine Verkürzung der Arbeitszeit um 1 Stunde täglich bewilligt. Die Verhandlungen über die übrigen Punkte finden später statt.

**Bier-Niederlagen, Seltersfabriken, Destillationen.**

† Wilhelmshaven. Streik und Tarifvertrag. Auch die hiesige Lohnbewegung zog sich unendlich in die Länge; zuletzt hüllten sich sowohl Herr Rechtsanwalt Schmidt als auch die Unternehmer in Schweigen. 5 Betriebe hatten den Tarif bereits anerkannt, 17 Betriebe standen noch aus. Da blieb nichts weiter übrig, als der Streik, zumal die Erregung der Kollegen auf höchste gestiegen war, als eine Firma durch Injunktat schon Arbeit suchte. Nach längerer Dauer des Ausstandes war die Lohnbewegung zugunsten der Kollegen beendet. Während bisher erst nach einer vierjährigen Tätigkeit im Betriebe die Höchstlohn erreicht wurden, treten diese künftig schon nach zweijähriger Tätigkeit ein. Einstellungs- und Höchstlöhne wurden um je 2 Mk. erhöht und auf 26 bis 30 Mk. für Arbeiter und Bierfahrer, auf 22 bis 26 Mk. für solche unter 21 Jahren und auf 18 bis 19 Mk. für Arbeiterinnen festgelegt. Pferdewärtern an Sonn- und Festtagen, wofür bisher nichts gezahlt wurde, wird künftig mit 1 Mk. entschädigt. Die Arbeitszeit wurde im Jahresdurchschnitt für alle Arbeiter und Bierfahrer auf 9 1/2 Stunden begrenzt. Dieser Tarif hat Gültigkeit für 22 Firmen.

**Korrespondenzen.**

Elbing. Zu der Versammlung am 14. August sprach Kollege Sahnlein über die schlechten Verhältnisse in den Brauereien, namentlich über die lange Arbeitszeit und den geringen Lohn hier im Osten. Er verwies auf die weit besseren Verhältnisse, die durch die Organisation in anderen Orten des Reiches geschaffen wurden, und ermahnte die Kollegen, tüchtig zu agitieren, um die Organisation stark zu machen, um alle Kollegen für die Organisation zu gewinnen, damit auch im Osten bessere Verhältnisse geschaffen werden können. Die Standhaftigkeit der Bauarbeiter in ihrem großen Kampf führte er den Kollegen als Beispiel an, daß die Arbeiter vereinigt eine Macht sind, die sich ihr Recht erkämpfen können. Eine längere Diskussion zeigte, daß das Interesse der Kollegen an der Organisation wächst; sie werden hoffentlich ihr Bestes tun, um auch die noch fernstehenden Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Ein Müller ließ sich aufnehmen.

Frankfurt a. M. Zu der Behauptung des Herrn Köb in der Bundeszeitung Nr. 34 erklären wir hiermit, daß der Schöndrian in den Kassenverhältnissen des Frankfurter Bundesvereins schon bei unserer ersten Quartalsabrechnung entdeckt wurde. Früher war es unmöglich, da wir nicht wissen konnten, daß eine Differenz zwischen der Hauptkasse und der hiesigen Bundeskassette besteht. In diesen Kategorien ist nichts zu beuten und wenn die Frankfurter Köben und Büffel: noch so sehr brüllen.

Franz Breitenbach. Markus Högel.

Halberstadt. Die Schloßbrauerei zu Köpenrod ist Eigentum der Aderslebener Bank, Gerson, Köhen u. Co., der geschäftsführende Leiter ist Herr Köhen. Lange hatten die Arbeiter über den höchst unzulässigen und unzulänglichen Schallender zu klagen. Eine Reinigung des Schallenders erfolgte die ganze Zeit nicht. Das mußten die Leute selbst machen. In letzter Zeit hatte der Braumeister eine Frau zum Reinigen beordert, damit war aber auch nicht viel getan. Der Schallender befindet sich gerade neben der Kesselfeuerung, wo Asche und Kohle liegt. In einer Seite ist eine drei Meter hohe, einen Meter breite Öffnung für Transmissionsriemen. Staub und Asche zogen ungehindert auf den Schallender. Die eine Hälfte war gebiebt, die andere mit Steinen ausgelegt. Als Sitzgelegenheit diente ein Brett auf zwei halben Tonnen, bis sich die Leute selbst eine Bank gismixten. Als Waschvorrichtung diente der Eiswasserfaß. Als Ofen diente ein selbstangefertigter Herd mit defekter Eisenplatte. Sandtücher gab es nicht. Alle diese Uebel hat ja nach und nach der Braumeister beseitigt, aber anstatt sich darüber zu freuen, zeigte der Chef bei einem Besuch sich höchst unzufrieden darüber und meinte, das wäre nicht nötig, solche Unkosten zu machen. Er denkt wohl, was braucht ein Arbeiter einen menschenwürdigen Aufenthaltsraum. Die Kollegen der Brauerei sollten sich organisieren, dem Verband der Brauereiarbeiter beitreten, durch Einigkeit können sie bezwungene Uebelstände beseitigen und Verbesserungen erzielen.

Kaufbeuren. Unsere gemeinschaftliche Versammlung am 13. August war gut besucht, besonders die Mühlenarbeiter waren gut vertreten. Kollege Holzjurner sprach über die nächsten Aufgaben unserer Organisation und gab dabei recht praktische Anregungen, wie diese durch das neue Organisationsgebilde am besten voranzubringen werden können. Nach einer kurzen Diskussion wurde einstimmig beschlossen:

bis 1. Oktober die Brauerei- und Mühlenarbeiter in eine Zahlstelle zu vereinigen. Die nötigen Vorarbeiten dazu werden so rechtzeitig getroffen, daß längstens Mitte September die Generalversammlung stattfindet.

Von mehreren Kollegen wurde noch kritisiert, daß der Tarifvertrag seitens unserer Organisation beziehungsweise von dem Gewerkschaftsvorstand noch nicht unterzeichnet werden konnte. Herr Brauereidirektor Pauswein scheint diesbezüglich an einer erheblichen Gedächtnis-schwäche zu leiden und kann sich an das Ergebnis der Tarifverhandlungen nicht mehr richtig erinnern. Nachdem aber andere Brauereibesitzer Mann genug sind, für das, was in den Verhandlungen vereinbart wurde, einzustehen, ist zu hoffen, daß dieser Vertrag endlich den Arrangements entsprechend zusammengeheftet, damit es auch dem Vertreter der organisierten Arbeiter ermöglicht wird, denselben zu unterzeichnen und diese Tarifbewegung endgültig als abgeschlossen betrachten kann. Mit einem kräftigen Appell, daß ein jeder Kollege an dem Ausbau der Organisation tatkräftig mitarbeite, damit die neue Zahlstelle blühe und gedeihe, schloß der Vertrauensmann die Versammlung.

Leipzig. In der Versammlung am 13. August gab Umborn den Kassenbericht vom 2. Quartal. Die Verbandsrechnungen beliefen sich auf 4006,50 Mk., die Ausgaben auf 2811,73 Mk., so daß 1194,77 Mk. an die Hauptkasse abgeliefert werden konnte. Der Mitgliederbestand war 743. Nach unentgeltlicher Diskussion über die Verhandlungen des Verbandstages gab Heine einen kurzen Bericht über den Verlauf der letzten Generalversammlung der Ortskrankenkasse und die Stellungnahme der Vertreter der Arbeit-geber zur Erhöhung der Beiträge und des Verzelehonorars. Weiter den Verlauf der Bewegung in der Brauerei Lorenz in Weigenfeld, die nach zweitägigem Streik und nach langwierigen Verhandlungen zum Abschluß eines Lohnarifes führte, äußerte sich Umborn in wenig befriedigendem Sinne.

Mannheim. In der ersten gemeinsamen Mitgliederber- sammlung mit den Mühlenarbeitern referierte Kollege Kemme über: „Kampfstaktik und Entwicklungsmöglichkeiten der Arbeiter- und Unternehmerverbände“. Er würdigte die Tendenz genannter Organi- sationen, führte in genauen Zahlen das Stärkeverhältnis an und schilberte in sachlichen Worten deren Kampfstaktik. Mit einem Ausblick auf die Gestaltung der Gewerkschaftskämpfe in der Zukunft schloß der Redner seine mit großem Beifall aufgenommenen Aus- führungen. Kollege Gräbe gab einen Bericht über die zur Verschmelzung der hiesigen Zahlstellen beider Verbände getroffenen Vorarbeiten, machte Mitteilung über die Mitgliederzahl der beiden Zahlstellen und führte an, daß gemeinsam gearbeitet werden müsse, auch die Abrechnung vom dritten Quartal müsse gemeinsam erfolgen. Zum Schluß wurde bekannt gegeben, daß Ende Septem- ber eine kombinierte Generalversammlung stattfinden wird, in der die Neuwahlen für die Vorstandschaft usw. vollzogen werden.

Memmingen. Anheindlich beginnt es, in Memmingen alltäglich zu tagen. Die gemeinschaftliche Versammlung mit den Mühlen- arbeitern am 14. August war verhältnismäßig gut besucht und vom besten Geiste beherrscht. Bezirksleiter Holzjurner referierte über die Tarifbewegungen im Allgäu und gebachte am Schluß seines Referats auch der mihligen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den hiesigen Brauereien. Allerdings sind an diesen mittelalterlichen Zuständen weniger die Unternehmer als die Arbeiter selbst schuld. Der größte Teil der Kollegenschaft zeigte für die Organisation kein Verständnis; es mußte sich daher diese Interessenslosigkeit bitter rächen. Erfreulicher Weise machte sich in der letzten Zeit eine Wendung zum Besseren bemerkbar; der kleinen Stamm von überzeugten Mitgliedern ist es trotz aller Widerwärtigkeiten gelungen, eine Anzahl tüchtiger Kollegen dem Verbandszugänglich zu machen. Holzjurner appellierte an die neuen Mitglieder, sich als zielbewußte Arbeiter in der Organisations- arbeit; dann wird es auch in Memmingen bald gelingen, diese überlebten Lohn- und Arbeitsverhältnisse einer Revision zu unterziehen. Sämtliche Diskussionsredner besprachen im Sinne des Referenten zu wirken und auf agitatorischem Gebiete alles zu tun, bis der letzte Brauereiarbeiter begriffen hat, daß die Organisation für die Memminger Kollegen eine Notwendigkeit geworden ist. Am 1. Oktober werden sich die Brauerei- und Mühlenarbeiter in eine Zahlstelle vereinigen. Betreffs Vorschläge zur Vorstandschaft findet demnächst eine gemein- schaftliche Besprechung statt. Mit dem Wunsche, daß Gedulde zu beherzigen und danach zu handeln, schloß Kollege Ludwig die schon verlaufene Versammlung.

Rafau. Der Oberbursche Carossa der Stadtbrauerei Aktienbrauerei konnte seinem Arbeitgeber schon hübsch zum Schaden sein. In seiner Liebesdienerei meinte er bei der Bierpreisermäßigung anderen gegenüber: „Die sollen nur hochlitteren, die Brauerei hat keinen Schaden, wir können aushalten; die anderen werden halt hinausgeschmissen.“ Dabei meinte er die Organisierten. Also wenn das Zentrum und die Bauern, welche vorerst die Steuern bewilligen, mit Dr. Fischer die Brauereien hochlitteren, so sollen diejenigen Arbeiter, die gegen jedwede Steuererhöhung gekämpft haben, herausgeschmissen werden. Wenn schon Herr Stadtbauer, der Organisator, der Niederbayerischen Brauereibesitzer, kein Freund der freigeorganierten Arbeiterschaft ist, so muß gesagt werden, daß sein Kellnermeister ihm dadurch keine Biederdienste erwiesen hat. Es bedarf nur eines Funkens, und Herr Stadtbauer kommt die Politik seines Oberburschen teuer zu stehen.

Regensburg. Fürstlich entlohnt werden die Arbeiter in den fürstlichen Brauereien von R h u r n u n d T a r z i s. In den Regie- brauereien sind noch schlechtere Zustände als in den verpachteten Betrieben. Abgesehen von den in hygienischer und sanitärer Be- ziehung mangelhaften Wohn- und Schlafräumen und sonstigen Einrichtungen, der überlangen Arbeitszeit und der fehlenden Sonntagsruhe, werden noch Löhne bezahlt, die man in privaten Betrieben selten finden wird. In Schloßhausen, wo der Braumeister T u r n e r seine Segnererschaft zum Verband befehligt, werden 60 und 65 Mk. monatlich für Brauereiarbeiter bezahlt. Mit diesem fürstlichen Lohn müssen die Arbeiter auskommen. Sie scheinen damit auch recht zufrieden zu sein und freuen sich nur, in einer fürstlichen Brauerei arbeiten zu können. Oder werden sie nicht doch endlich zur Einsicht kommen?! Dem Fürsten v. Thurn und Taxis gehören 11 Brauereien, und zwar sind in eigene Verwaltung die Brauereien in Grafenau, Neugloßheim, Hohenbräuhaus, Schönberg b. Regensburg, Schloßhausen und Säherling; verpachtet sind die Brauereien in Neufahrn, Rain b. Straubing, Falkenstein, Niedertaubling und Triffling. Das Geschäft muß also doch recht einträglich sein. Und wenn der Fürst von seinen Brauereien und Oekonomien höhere Pacht verlangt, warum sollen die Brauerei- arbeiter nicht ihre Lage zu verbessern suchen. Sie werden damit allerdings keinen Erfolg haben, bevor sie sich nicht zusammen- schließen in der Organisation.

Reutlingen. Die Versammlung am 7. August hatte haupt- sächlich die Neuwahlen zur Verwaltung zu erledigen. Dem alten Vorsitzenden wurde der Dank für seine langjährige Tätigkeit aus- gesprochen. Lebhaftige Klage wurde von den Kollegen der Brauerei S t g e l - P f u l l i n g e n über die Behandlung seitens der Ober- burschen geführt. Ferner wurde der Fall Mader erwähnt, der geeignet sei, die Kollegen der Zahlstelle zum Nachdenken zu bringen.

**Eingekandt.**

Vom Verbandsstag 1910.

Wenn man das Protokoll des Verbandstages 1910 ganz genau verfolgt, so muß man sich sagen, die Delegierten haben ihre volle Schuldigkeit getan. Es gab wohl manches Sin und Wieder, aber das ist nie zu vermeiden, denn es ist jeder anderer Ansicht, und jeder glaubt, so ist es besser; der Zwischenweg wird dann immer als der richtige anerkannt. Das Augenmerk jedes Kollegen muss wohl auf die Finanzen gerichtet, wie sie bei der Hauptkasse stehen. Wenn man sich die Zahlen ins Gedächtnis fest, so muß sich jeder Kollege sagen, daß unsere Hauptkasse in den letzten Jahren, trotz der Kriege, in die Höhe gegangen ist, wie es sich vor 15 Jahren wohl keiner hätte träumen lassen, daß wir im Jahre 1910 über dreiviertel Mil-

tionen zu verfügen hätten. Es ist dies der Hauptverwaltung viel zu danken, denn sie hat es verstanden, wie man die Hauptkasse durch Sparanfänge in die Höhe bringen kann.

Das es aber auch vorkommen kann, daß zu arg gepörrt wird, hat wohl der Karlsruher Antrag, mit dem unser Kollege Götter angereicht war, bewiesen, weil derselbe abgelehnt wurde.

Es läßt sich nun jetzt nichts mehr mit diesem Antrag machen; er ist gefallen und bleibt gefallen, wenigstens bis zum nächsten Verbandstag.

Rundschau.

Beachtenswertes für Rekruten.

Nur noch einige Wochen — und der Militarismus zwingt wiederum Tausende unserer jungen organisierten Arbeiter in den „bunten Rod“.

Aber weder übermäßige Freude noch großer Ärger über den in Aussicht stehenden Militärdienst darf unsere Militärpflichtigen dazu verleiten, sich die letzten Wochen in Zoiel um nichts mehr zu kümmern.

Es muß von jedem organisierten Arbeiter erwartet werden, daß er die Pflichten gegenüber seiner Organisation bis zum letzten Tage erfüllt, die Beiträge zahlt, sich ordnungsmäßig abmeldet und so richtig abgestempelt von seiner Organisation zur Truppe übertritt.

Leider wird aber in dieser Beziehung sehr viel gesündigt und mit ganz besonderer Rücksichtslosigkeit die Zubehörs-Quittungskarte behandelt.

Die Bestimmungen z. B., daß jeder Anspruch aus der Karte und allen früheren Karten verloren geht, wenn nicht für die zwei Jahre nach der Ausstellung der Karte mindestens für 20 Beitragswochen Beiträge entrichtet werden, ist auf der Quittungskarte schwarz auf weiß aufgedruckt und trotzdem den meisten Verjährungspflichtigen unbekannt.

Bei der Selbstversicherung müssen in vorgenannten 2 Jahren mindestens 40 Beiträge entrichtet sein.

Die Rekruten wollen besonders beachten, daß jede Invalidentaxe ihre Gültigkeit verliert, wenn sie nicht innerhalb zweier Jahre nach dem auf der Karte verzeichneten Ausstellungsstichtag zum Umtausch oder zur Verlängerung eingereicht ist.

Beispiel: Eine am 21. März 1910 ausgestellte Quittungskarte verliert mit Ablauf des 21. März 1912 ihre Gültigkeit.

Da nun die bezogenen Kollegen zwei oder auch drei Jahre dienen müssen, ist es notwendig, daß die Gültigkeitsdauer der Invalidentaxe durch Abstemplung bei der Ortspolizeibehörde (Magistrat, Gemeindeforsteher) verlängert zu lassen.

Die Verlängerung darf nur während der Gültigkeitsdauer der Karte erfolgen, wenn für die Zeit vom Ausstellungsstichtag ab mindestens 20 Beitragswochen einbezahlt sind.

Die Verlängerung erfolgt durch Eintragung des Vermerks: „Gültigkeit um ... Jahre verlängert“ auf der Innenseite der Quittungskarte unter Peisung des Datum in unmittelbarem Anschluß an die bereits gesetzten Marken.

Stempels erfolgen; er ist durch Weidrückung des Diensttags zu beglaubigen.

Ist also eine Quittungskarte aus den oben erwähnten Gründen für ungültig erklärt, so gehen auch alle Ansprüche an die vorher gesetzten Marken verloren.

Der zum Militär abgehende Kollege soll also von dem einflussreichen und früheren Wege der Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Karte Gebrauch machen.

Der Vermerk auf der Invalidentaxe: „Verwendbar für die Zeit seit dem ...“ hat auf die Gültigkeitsdauer der Karte keinen Einfluß.

Zum Schluß soll noch erwähnt werden, daß die Dauer der Dienstzeit beim Heere und der Marine, sowie spätere Leistungen, als Beitragswochen der 2. Lohnklasse (20 Pf.-Marken) gerechnet werden.

Freiwillige, in Friedenszeit geleistete militärische Dienstleistungen werden als Beitragswochen nicht angerechnet, jedoch aber solche im Kriege.

Im Interesse einer schnelleren Erledigung eines etwaigen späteren Rentenverfahrens eruchen wir alle Kollegen, doch der Quittungskarte und den vorher erhaltenen Aufrechnungsbescheinigungen die größte Beachtung zu schenken und die Bescheinigungen gut aufzubewahren.

Todesfall wegen Schlamperci in einer Preßhefenfabrik.

Der Fabrikbetriebsleiter Dr. W., Leiter einer Preßhefenfabrik, war von der Strafkammer des Amtsgerichts Lauenburg wegen fahrlässiger Tötung zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden.

Der Angeklagte geleitete die Fabrik in einem Fabrikraume, dessen Dach sich in der geringen Höhe von 1,50 Meter über dem Boden befand.

Der Angeklagte, der schon früher Leiter von Preßhefenfabriken gewesen ist, hatte bei seinem Dienstantritt angeordnet, daß das Füllen des Bottichs in Zukunft von den Arbeitern in knieender Stellung von dem mit Reisten nicht versehenen Deckel des Bottichs aus in der Weise geschehen solle, daß sie die Säde mit ihrer Deijnung an das Mundloch des Deckelschnittes legen und dieselben durch Heben der hinteren Spitze ihres Inhaltes entleerten.

Die Strafkammer des Amtsgerichts Lauenburg hatte den Fabrikleiter Dr. W. für schuldig erklärt, fahrlässig den Tod des Arbeiters verursacht zu haben, wenn ihn auch nur geringes Verschulden trafe.

In seiner Revision vor dem Reichsgericht behauptete der Angeklagte, bezüglich seines Gewerbes beständen keine bestimmten Unfallverhütungsvorschriften, die Anlage des Bottichs sei von der Gewerbeinspektion nie beanstandet worden.

Das Reichsgericht überwarf die Revision. Der Angeklagte habe selbst größte Vorsicht beim Einsteigen in den Bottich für geboten erachtet.

Das interessanterste an dem traurigen Kapitel ist, daß der Betriebsleiter zu seiner Entschuldigung anführte, in seinem Gewerbe beständen keine bestimmten Unfallverhütungsvorschriften.

Paßbarkeit für aufbewahrte Gegenstände.

Das Zivilgericht in Duisburg hatte sich mit folgendem Fall zu beschäftigen: Einem Bergarbeiter war an seiner Arbeitsstelle aus einem Schuppen, in dem die Arbeiter ihre Fahrräder aufbewahrten, das Fahrrad gestohlen worden.

Der Arbeiter gegen den Arbeitgeber auf Schadenersatz, und das Gericht trat der Auffassung bei, wonach der Arbeitgeber für den durch den Diebstahl verursachten Schaden aufkommen müsse.

Die nächste Hauptkur beginnt anfangs November d. J. Prospekte gratis und franco durch die Direktion.

Am 11. und 12. August fanden die Schlussprüfungen des Sommerkurses an dieser Brauerschule statt.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbur.: Schicklerstr. 6 IV, Berlin O. 27. Fernspr.: Amt VII, 275. Diese Woche ist der 36. Wochenbeitrag fällig.

Eingänge der Hauptkasse vom 22. bis 28. August.

- Für Beiträge: Zwickau: 293,74; Pfungstadt 200,—; Magdeburg 200,— Mk. Für Inzerate: Dessau 2,10; Frankenthal 2,10; Chemnitz 2,10; Bochum 2,10; Altona 123,50; Kiel 2,—; Essen 2,10; Sonneberg 2,10 Mk. Für Protokolle: Erlangen 1,50; Forchheim 1,50; Preetz 1,50 Mkt. Für Notizkalender: München 20,— Mkt.

Materialversand.

- Freiburg i. Baden 800 Marken a 50 Pf. Tuttlingen 400 Marken a 50 Pf. Gießen 20 Mitgliedsarten und 1200 Marken a 50 Pf. Weizen 200 Marken a 30 Pf. Bremen 60 Mitgliedsarten. Galtstadt 40 Mitgliedsarten. Würzburg 30 Mitgliedsarten und 100 Marken a 30 Pf. Heidelberg 20 Mitgliedsarten. Neudlingen 400 Marken a 50 Pf. Breslau 3000 Marken a 50 Pf. Osnabrück 10 Mitgliedsarten und 400 Marken a 50 Pf. Siegen 200 Marken a 50 Pf. Leutkirch 100 Marken a 50 Pf. Lütz 10 Mitgliedsarten.

Aus den Bezirken und Zahlstellen.

- Amsterd. Bei dem in voriger Nummer veröffentlichten Ausschluß muß es bei Paul Striegler heißen: geb. 9. September 1876 in Kesseldorf i. E. Darmstadt. Kassierer und Unterstützungsausgeber J. Stelzle, Liebfrauenstraße 66. Hirschberg. Kassierer Cyner, Priesterstr. 2. Liegnitz. Vorstehender Gerh. Pieritz, Wilhelmstr. 39 I. Kassierer Lenke, Karthausstr. 64. Neunkirchen. Vorstehender: G. Speidel, Spiegelstr. 7. Worms. Zahlstellenangelegenheiten sind wieder an G. Zurlinden, Goethestr. 24 III, zu richten.

Versammlungsanzeigen.

- Sonnabend, den 3. September. Kaiserslautern: 8 1/2 Uhr, Burg, Steinstraße. Birmensfeld: 8 1/2 Uhr bei Adolf Schühle, Danielsbäder Straße 23. Sonntag, den 4. September. Aschaffenburg: Gasthaus zum Stiff, Einbeck: 2 1/2 Uhr Gewerkschaftshaus. Konstanz u. Umg.: 2 1/2 Uhr Gasthaus „Selvetia“. Mainz: 2 Uhr bei Randschöfer „Zum Zieglerbräu“. Mosburg u. Umg.: Restaurant zur Eisenbahn, Neuaufnahmen und Beitragszahlung. Osnabrück: Vorm. 11 Uhr bei Hoffmann, Große Straße 63. Potsdam: abends 7 Uhr bei Romänski, Kaiser-Wilhelm-Straße 38. Reimscheid, Kreisbürg, Born, Lennep: 4 Uhr im Volkshaus, Reimscheid. Unorganisierte mitbringen. Siegen: bei Franke, Poststraße 19. Speyer: 2 Uhr „Gasthaus zum römischen Kaiser“. Stadthagen-Bückeburg: 4 Uhr „Schaumburger Hof“. Trossingen: 2 Uhr „Gasthaus zum Schloß“. Weimar: 3 Uhr im „Volkshaus“.

- Montag, den 5. September. Anna: 8 Uhr bei Jung, Morgenstraße. Mittwoch, den 7. September. Harburg a. Elbe: 8 1/2 Uhr bei Dringelburg.

Flugblatt der Hirsche!

Die „Hirsche“ haben erklärtermaßen alle Veranlassung, die Massenstreikbrecher bei ihnen angeschlossenen Bundesstreikbrecher zu beschönigen.

Rheumatismus und Blatreinigung

Reinigt das Blut Eine Blatreinigungstafel ist für alle Menschen direkt anwendbar.

Rheumatismus

Blasen- und Nierenleiden sowie Blutaufbau nach dem Kopfe. Zu bez. durch Apoth. Grundmann, Berlin, Friedrichstr. 203.

Michel'sche Brauereibranntst. München.

Elektrischer Brauereibetrieb mit Küchmaschine. Der Winterferienkurs beginnt anfangs November 1910.

Weißbierbrauerei mit Mineralwasserfabrik

großartiges Anwesen, im besten Betriebe, großer Fremdenverkehr, im Oberbayrischen Gebirge, verhältnismäßig um 56000 Mk. zu verkaufen bei 10 bis 15000 Mk. Anzahlung. Briefe unter N. 118 an die Exp. d. Blattes.

Advertisement for 'Gesellschaftsbrennerei Langsburg' with contact information and details about beer production.

Advertisement for 'Fritz Hammesfahr' featuring a pocket watch and other timepieces.

Advertisement for 'Jed. Brauerei' (Every Brewery) with details about beer quality and distribution.

Advertisement for 'Karl Eichler' featuring a pocket watch and other timepieces.

Advertisement for 'Karl Eichler' featuring a pocket watch and other timepieces.

Advertisement for 'Fuchs' featuring a pocket watch and other timepieces.

Advertisement for 'Fuchs' featuring a pocket watch and other timepieces.

Large advertisement for 'Rheumatismus und Blatreinigung' with detailed text about blood purification and rheumatism treatment.